zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Neumarkt an der Ybbs

Ausgabe · Juni/Juli 2026 | 561112/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Wanderung mit Weitblick und Zusammenhalt!

Mehr dazu auf Seite 6!



FPÖ-Dringlichkeitsantrag abgelehnt:
Schutz unserer Bauern!

In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich klar für den Schutz unserer heimischen Landwirtschaft einsetzt.

Seite 4

Gemeinderat:
Erhöhung Hundeabgabe

Die beschlossene Erhöhung der Hundeabgabe sehen wir als FPÖ-Fraktion kritisch und haben daher nicht zugestimmt.

Seite 5

FPÖSpende:
Feuerwehrnachwuchs

Mit dem Erlös des FPÖ-Silvesterstands konnten wir die Feuerwehrjugend Kemmelbach und Neumarkt unterstützen.

Seite 7

Warum wir der neuen Regelung nicht zugestimmt haben



Die SPÖ hat in einem Social-Media-Beitrag die Abstimmungsergebnisse der Gemeinderatssitzung vom 25. März 2026 veröffentlicht. Bei der Verordnung über die Entschädigung der Gemeindemandatare findet sich dabei lediglich ein roter Daumen bei der FPÖ. Was dieser rote Daumen allerdings verschweigt, sind die tatsächlichen Hintergründe unserer Ablehnung.
Die von ÖVP und SPÖ beschlossene Regelung sieht vor, dass Vizebürgermeister, Mitglieder des Gemeindevorstandes und Ausschussvorsitzende künftig monatlich auf 145 Euro ihrer Entschädigung verzichten. Dies entspricht einer Kürzung der für die Berechnung herangezogenen Prozentsätze um 1,3 Prozentpunkte. Grundlage für die Entschädigungen ist jeweils ein bestimmter Prozentsatz des Nationalratsbezuges. Gemeinderäte, die bereits eine deutlich niedrigere Entschädigung erhalten, sind von einer Kürzung von lediglich 28 Euro pro Monat betroffen. Der Bürgermeister selbst ist von diesen Kürzungen nicht erfasst, da dessen Bezüge gesetzlich geregelt sind. Als Begründung wurden notwendige Einsparungen im Gemeindebudget angeführt.

Grundsätzlich begrüßen wir Sparmaßnahmen gerade bei den politischen Funktionären, denn sie zeigen, dass wir bereit sind, zuerst bei uns selbst anzusetzen und einen Beitrag zur Entlastung des Gemeindebudgets zu leisten. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie diese Einsparungen verteilt werden. Aus unserer Sicht ist eine Kürzung von lediglich 1,3 Prozent bei den höher entschädigten Funktionen weder ausgewogen noch gerecht.

Deshalb haben wir durch GGR Birgit Bruckner einen Gegenantrag eingebracht. Unser Vorschlag war klar und einfach: eine Kürzung der jeweiligen Bruttoentschädigung um 20 Prozent für alle Gemeindemandatare. Wer mehr erhält, hätte dadurch auch einen höheren Beitrag geleistet. Wer weniger erhält, entsprechend einen geringeren. Genau das verstehen wir unter einem fairen und transparenten Sparmodell. Leider wurde über diesen Gegenantrag nie abgestimmt.

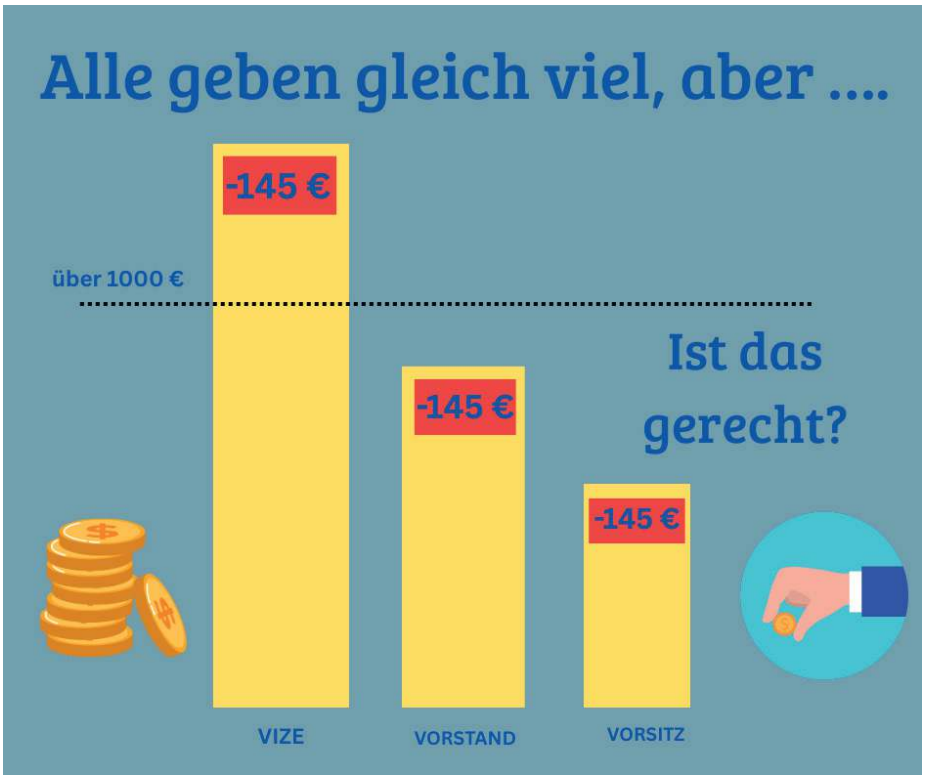
Nachdem der Antrag des Bürgermeisters mit den Stimmen von ÖVP

und SPÖ beschlossen worden war, wurde unser eingebrachter Gegenantrag nicht mehr gesondert behandelt, sondern als „miterledigt“ betrachtet. Für uns ist diese Vorgangsweise nicht nachvollziehbar. Ein ordnungsgemäß eingebrachter Gegenantrag muss nach unserem Verständnis zur Abstimmung gelangen. Ob er angenommen oder von der Mehrheit abgelehnt wird, ist eine demokratische Entscheidung. Dass er aber überhaupt nicht zur Abstimmung zugelassen wird, halten wir für höchst bedenklich.
Aus diesem Grund haben wir eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht. Ziel dieser Beschwerde war die Klärung einer einfachen, aber wesentlichen Frage: War die Vorgangsweise bei der Abstimmung gemeindeordnungswidrig oder nicht? Konkret ging es darum, ob ein ordnungsgemäß eingebrachter Gegenantrag einfach als „miterledigt“ betrachtet werden darf, ohne jemals zur Abstimmung zu gelangen.

Die Antwort der Bezirkshauptmannschaft hat uns allerdings mehr als verwundert. Auf die eigentliche Fragestellung unserer Beschwerde wurde nämlich überhaupt nicht eingegangen. Statt zu beurteilen, wurden andere Aspekte behandelt, die mit dem Kern unserer Beschwerde nichts zu tun hatten. Man gewinnt daher den Eindruck, dass die Beschwerde entweder nicht sinnerfassend gelesen oder ihr Inhalt grundlegend missverstanden wurde. In der Schule würde man eine derartige Antwort wohl als eindeutige Themenverfehlung bezeichnen – mit der entsprechenden Note „Nicht genügend“.

Besonders bemerkenswert war die Aussage des Bürgermeisters in der Gemeinderatssitzung, dass **in den vergangenen 19 Jahren noch NIE ein Gegenantrag eingebracht wurde.** Das wirft die berechtigte Frage auf, welche Rolle die SPÖ Neumarkt als Oppositionspartei in all diesen Jahren wahrgenommen hat. Denn Gegenanträge sind ein wesentliches Instrument demokratischer Oppositionsarbeit. Sie ermöglichen es, Alternativen aufzuzeigen, Diskussionen anzustoßen und andere Lösungsansätze zur Abstimmung zu stellen.

Für uns ist klar: Demokratie lebt nicht davon, dass nur Mehrheitsmeinungen gehört werden, sondern davon, dass auch Gegenanträge zugelassen und Anträge der Opposition ordnungsgemäß behandelt werden.





Dringlichkeitsantrag zum Schutz unserer Bauern abgelehnt



In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich klar für den Schutz unserer heimischen Landwirtschaft einsetzt. Hintergrund sind aktuelle Entwicklungen rund um das Mercosur-Abkommen sowie zunehmende Ukraineimporte, die unsere Bauern massiv unter Druck setzen.

Ziel war es, ein deutliches Signal für faire Wettbewerbsbedingungen, gegen Billigimporte und für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln zu setzen.

Die Dringlichkeit dieses Antrags wurde jedoch von ÖVP und SPÖ einstimmig abgelehnt. Damit wurde verhindert, dass sich der Gemeinderat überhaupt inhaltlich mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzt. Für uns ist das völlig unverständlich.

Als Begründung wurde unter anderem angeführt, dass die Gemeinde für diese Angelegenheit nicht zuständig sei und daher kein Grund für einen Dringlichkeitsantrag vorliege. Diese Argumentation wirft jedoch Fragen auf. Beim Gesundheitspakt wurden Unterschriften gesammelt und politische Zeichen gesetzt, obwohl auch dort die unmittelbare Zuständigkeit der Gemeinde nur eingeschränkt gegeben war. Damals sah man offenbar sehr wohl die Verantwortung, sich für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen. Beim Schutz unserer Bauern fehlt diese Bereitschaft plötzlich.

Während unsere Landwirte unter immer strengeren Auflagen arbeiten und gleichzeitig durch Mercosur-Importe und Ukraineimporte einem massiven Preisdruck ausgesetzt sind, wäre es gerade jetzt notwendig gewesen, ein klares politisches Signal zu senden. Auch wenn Entscheidungen auf Bundes- oder EU-Ebene getroffen werden, entbindet das die Gemeinde nicht davon, die Sorgen und Anliegen der heimischen Bevölkerung ernst zu nehmen und diese nach außen zu vertreten.

Die FPÖ steht hier klar auf der Seite der heimischen Landwirtschaft und der Konsumenten. Wir wollen faire Bedingungen für unsere Bauern, den Erhalt regionaler Wertschöpfung und mehr Transparenz für die Bevölkerung durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.

Die Ablehnung unseres Dringlichkeitsantrags vermittelt den Eindruck, dass man sich für diese Problematik nicht verantwortlich fühlt. Wir sind jedoch der Meinung, dass gewählte Mandatare die Pflicht haben, Missstände aufzuzeigen und sich für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen, unabhängig davon, auf welcher politischen Ebene die endgültigen Entscheidungen getroffen werden.

Erhöhung der Hundeabgabe

Die beschlossene Erhöhung der Hundeabgabe sehen wir als Fraktion kritisch und haben daher nicht zugestimmt. Während die Gebühren für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial von 65,50 Euro auf 95 Euro stiegen (rund +45 %), traf es alle übrigen Hundehalter noch stärker: Hier erfolgte eine Anhebung von 29 Euro auf 45 Euro, was einer Steigerung von rund 55 % entsprach.



Eine derart deutliche Erhöhung innerhalb eines Schrittes stellt aus unserer Sicht eine unverhältnismäßige Belastung für viele Bürger dar. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten halten wir es für falsch, zusätzliche finanzielle Hürden für verantwortungsvolle Tierhalter aufzubauen. Hinzu kommt, dass Hunde für viele Menschen weit mehr als nur Haustiere sind. Sie sind feste Mitglieder der Familie, treue Begleiter im Alltag und oft auch soziale Anker.

Bargeld – gelebte Freiheit

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung am Mostlandhof in Purgstall stand die Bedeutung des Bargelds im Mittelpunkt. Die Vorträge und Diskussionen machten deutlich, dass Bargeld weit mehr ist als nur ein Zahlungsmittel. Es ermöglicht selbstbestimmtes Handeln, schützt die Privatsphäre und gewährleistet Unabhängigkeit im Alltag.



Gerade in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung ist es wichtig, die Wahlfreiheit bei der Bezahlung zu erhalten. Bargeld bietet Sicherheit, funktioniert auch bei technischen Ausfällen und ermöglicht die Teilhabe aller Menschen, unabhängig von Alter oder digitalen Kenntnissen. Der Abend machte deutlich, dass Bargeld für viele Menschen ein unverzichtbarer Bestandteil von Freiheit, Eigenverantwortung und wirtschaftlicher Selbstbestimmung bleibt.



Familienwandertag am Hengstberg

Am 17. Mai durften wir eine besonders schöne Veranstaltung erleben: unseren Familienwandertag am Hengstberg. Zahlreiche Teilnehmer machten sich gemeinsam von der Hengstberghütte auf den Weg hinunter zur Donau.

Gut gestärkt nahmen wir anschließend den Anstieg zurück Richtung Hengstberg in Angriff. Beim Gipfelkreuz gab es noch einmal eine kleine Stärkung, bevor wir den Tag in geselliger Runde in der Hengstberghütte ausklingen ließen.

Bei herrlichem Wetter, tollen Gesprächen und bester Stimmung konnten wir viele schöne Stunden miteinander verbringen. Besonders erfreulich waren die große Beteiligung und die Gelegenheit, sich abseits des politischen Alltags in entspannter Atmosphäre auszutauschen.

Der Familienwandertag war ein gelungenes Zeichen für Gemeinschaft, Zusammenhalt und gelebtes Miteinander. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei waren und zum Gelingen dieses schönen Tages beigetragen haben.







Spende für den Feuerwehrnachwuchs





Mit dem Erlös unseres Silvesterstands konnten wir die Feuerwehrjugend Kemmelbach und Neumarkt unterstützen. Es freut uns besonders, damit einen Beitrag zur Förderung der jungen Feuerwehrmitglieder leisten zu können, die mit viel Engagement, Teamgeist und Begeisterung ihre Freizeit in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Die Nachwuchsarbeit in unseren Feuerwehren ist von großer Bedeutung und bildet die Grundlage für eine starke und einsatzbereite Feuerwehr auch in Zukunft.

An dieser Stelle möchten wir uns nochmals herzlich bei allen Besuchern bedanken. Durch eure Unterstützung und euren Besuch bei unserer Veranstaltung wurde diese Förderung erst möglich gemacht.

Spendenflohmarkt

Auch den Spendenflohmarkt mit Dämmershoppen von GR René Pietschnig in unserer Nachbargemeinde ließen wir uns nicht entgehen. Mit viel Einsatz wurde eine erfolgreiche Veranstaltung für den guten Zweck organisiert, die wir gerne besucht und unterstützt haben.







Unser nächster Wandertag ist bereits fixiert!



Wir nehmen als FPÖ-Gruppe am 52. Rad- & Fit Wandertag der Wanderfreunde Neumarkt-Kemmelbach teil und freuen uns schon sehr auf dieses gemeinsame Erlebnis.

Gemeinsam meistern wir die 12 km lange Wanderstrecke. Treffpunkt ist um 9:00 Uhr beim Start- und Zielort im Freizeitzentrum Neumarkt/Ybbs.

Besonders freut es uns, dass auch heuer wieder unsere Nationalratsabgeordnete Irene Eisenhut mit dabei ist und uns auf der Wanderung begleitet.

Wenn auch du dabei sein möchtest, melde dich einfach bei GGR Birgit Bruckner unter 0664/8257728.

Wir freuen uns auf einen schönen Tag in der Natur, gute Gespräche und viele Wanderfreunde!

